

**Stellungnahme des Sprechers der SPD-Fraktion
in der Vollversammlung des Bayerischen Bezirketages
am 7. Juli 2016 in Banz**

Sehr geehrter Herr Bezirketagspräsident,
sehr geehrtes Präsidium
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen
sehr geehrte Gäste

Im Namen der SPD-Fraktion werde ich zu dem Tätigkeitsbericht Stellung nehmen.

Als erstes mein Dank an sie Herr Präsident und die Beschäftigten der Geschäftsstelle, die diese umfangreiche Darstellung gefertigt haben. Diese zeigt, wie wichtig die Arbeit des Bezirketages als politisches Gremium geworden ist. Auch die gewachsene Position im Verbund der kommunalen Spitzenverbände wird hier deutlich.

Der detaillierte Bericht zeigt auch einzelne Bereiche auf, in denen wir als Bezirketag tätig sind, die bisher aber kaum öffentliche wahrgenommen wurden, z. B. die Beteiligung der Geschäftsstelle an der Härtefallkommission, dies ist in unseren Augen sehr wichtig und hat natürlich unserer volle Unterstützung.

Im Bereich der Sozialgesetzgebung stehen derzeit große Veränderungen an, die uns als Bezirke besonders betreffen. Sie haben dies in ihrem Tätigkeitsbericht angeführt und ich werde auf einige dieser Themen eingehen.

Als erstes die Pflegestärkungsgesetze II und III:

Die Änderung von 3 Pflegestufen auf die nun geltenden 5 Pflegegrade ist zu begrüßen und der damit verbundene Bestandsschutz bei eventuellen negativen Auswirkungen für die zu Pflegenden ebenfalls.

In Verbindung mit dem Pflegestärkungsgesetz III, ist unsere Forderung weiter aufrecht zu erhalten. Der Anspruch auf ambulante Pflegesachleistungen für pflegebedürftige Menschen, die in vollstationären Einrichtungen der Hilfe für behinderte Menschen wohnen, muss hier aufgenommen werden. Nur so kann die Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention, auf das Recht zur freien Wahl der Wohnform, umgesetzt werden.

Das neue Bundesteilhabegesetz sollte ein weiter Schritt in Richtung Umsetzung der UN-BRK werden. Es ist damit beabsichtigt, die Leistungen für Menschen mit Behinderung aus dem „Führsorgesystem“ in ein „Teilhaberecht“ zu überführen.

Dass hierbei bereits in der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung und in den weiteren Papieren immer die Devise im Vordergrund stand: „Es darf zu keiner neuen Ausgabendynamik führen“ war für mich der große

SPD-Fraktion
Bayerischer Bezirketag

Vorsitzender
Gerhard Wimmer

Stellv. Vorsitzende
Rita Röhl, Niederbayern
Gisela Niclas, Mittelfranken
Helga Hügenell, Oberbayern

Telefon
0152 09475668

E-Mail:
wimmerei@web.de

München, 07.07.2016

Postanschrift:
Hartmannshofer Str. 11
80997 München

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Bayerischen Bezirkstag

Hemmschuh bei den Verhandlungen zum neuen Gesetz. Dass dann auch die Einführung eines Bundesteilhabegeldes mit der Begründung: „mögliche Mitnahmeeffekte wären zu hoch“ verworfen wurde, grenzt für mich schon an eine Diskriminierung von Menschen mit Behinderung.

Der nun vorgelegte und in der letzten Woche im Kabinett beschlossene Gesetzesvorschlag lässt in meinen Augen viele Dinge offen. Er stellt nicht den erhofften Quantensprung dar, wird aber für die betroffenen Menschen in vielen Bereichen eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse mit sich bringen. Die Anhebung der Vermögensgrenzen ist hierzu ein wichtiger Schritt.

Unsere Forderungen bezüglich einer anteiligen Finanzierung der Eingliederungshilfe müssen weiterhin bestehen bleiben.

Dies betrifft ebenso die Problematik Schulbegleitung. Der Anstieg der Fallzahlen von ca. 400 Schulbegleitungen 2008, zu 4000 im laufenden Schuljahr, zeigt die Brisanz dieser Situation. Hierbei sind 3 Aspekte für uns von Bedeutung:

1. der Anstieg der Kosten, von 2009 rund 13 Mio.€, auf nun über 60 Mio.€;
 2. die Frage der Zuständigkeit für diese Leistung;
- und
3. in diesem Zusammenhang die Frage nach Qualifikation der Schulbegleiter.

Wir beziehen uns hierbei nochmals, wie sie Herr Präsident, auf unsere Resolution von 2014 und unterstützen sie bei der Forderung an die Bayerische Staatsregierung hier endlich ihre Hausaufgaben zu machen.

Ein in der Umsetzung schwieriges Projekt, das droht in den Kinderschuhen stecken zu bleiben, ist BÜWA. Die bisherigen Zahlen zeigen leider kein großes Interesse der Werkstätten hier geeignete Bewerber zu melden. Die Hoffnung dass es sich nur um Anlaufschwierigkeiten handeln würde, würden wir gerne teilen, aber auch hier können wir die Staatsregierung nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, denn sie ist federführend und müsste dieses in unseren Augen sinnvolle und gute Projekt deutlicher bewerben. Aber auch die Leistungsanbieter sind gefragt und hier sollten wir Bezirksräte unsere Verbindungen nutzen um dieses Projekt bekannt zu machen. Das Recht für Menschen mit Behinderung, zur Teilhabe am Arbeitsleben gehört zu den Kernforderungen der UN-BRK und muss daher auch entsprechend vorangebracht werden.

Im Bereich der Jugendhilfe sind derzeit 2 große Felder zu bearbeiten, nämlich:

1. die Kostenerstattung für unbegleitete junge Volljährige. Hier können wir von Seite der SPD-Fraktion nur das Engagement von Ihnen Herr Präsident unterstützen. Durch ihre deutliche Positionierung, sowohl in den kommunalen Spitzenverbänden, wie auch gegenüber der Staatsregierung und dem Ministerpräsidenten konnten sie einiges bewegen und wir hoffen, dass es hier noch zu einer Entlastung unserer Haushalte kommen wird. Klar ist, sollte dies nicht der Fall sein, werden deutliche Erhöhungen der Umlagesätze in den kommenden Jahren nicht zu umgehen sein.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Bayerischen Bezirkstag

2. die beabsichtigte Neuregelung bezüglich der Eingliederungshilfeleistungen für Kinder und Jugendliche. Die Bündelung der gesamten Leistungen an einer Stelle, den Jugendämtern hätte für die Betroffenen, in diesem Falle die Eltern, sicherlich Vorteile.

Es stellen sich jedoch einige Fragen:

- sind die Jugendämter dazu ausgestattet, diese Leistungen zu erbringen?
- das qualifizierte Fachpersonal ist derzeit in unseren Bezirksverwaltung beschäftigt, kann es entsprechend umgesetzt werden?
- welche Übergangsfristen sind hierzu nötig?

Und zuletzt, es werden im ersten Schritt Schnittstellen abgebaut, aber mit der Volljährigkeit ist auch wieder ein Wechsel zum neuen, bzw. bisherigen Leistungsträger, nämlich den Bezirken erforderlich.

Überwiegt der Nutzen die zu erwartenden Schwierigkeiten?

Wir von Seite der SPD-Fraktion sehen noch Diskussionsbedarf und werden dieses Thema im nächsten Hauptausschuss aufgreifen, um hier zu einer möglichst einheitlichen Position zu kommen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit lag im vergangenen Jahr im Bereich des Gesundheitswesens. Dass das Maßregelvollzugsgesetz endlich verabschiedet wurde, ist im Sinne der Betroffenen, ebenso wie im Sinne der Beschäftigten und der Bezirke, als Betreiber dieser Einrichtungen nur zu begrüßen und führt hier zu mehr Sicherheit.

Dass nun auch ein PsychKHG (Psychisch-Krankenhilfegesetz) auf Ebene der Landesregierung in der Diskussion ist, entspricht unseren Forderungen aus dem Bezirkstag und wir werden morgen sicher einiges hierzu erfahren.

Nun zu einer unendlichen Geschichte, dem PEPP (Psychiatrie Entgeltsystem). Nach jahrelangem Hin- und Her, ist es nun offensichtlich durch die gemeinsamen Anstrengungen gelungen das schlimmste abzuwenden. Der neue Referentenentwurf zeigt jedoch wieder starke Tendenzen zurück zu den ursprünglichen Zielen der geplanten Reform, aber alle beteiligten Akteure haben hier erneut ihre Einwände eingebracht. Wir hoffen, dass diese entsprechend Berücksichtigung finden werden. An dieser Stelle ein Dankeschön an die Geschäftsstelle und an Frau Dr. Borrmann Hassenbach, die unsere Positionen seit Langem in den verschiedensten Gremien vertreten.

Aus Sicht der Beschäftigten ist es zu begrüßen, dass auch die Forderung nach einer Personalbemessung aufgenommen wurde und die bisherige PsychPV weiterentwickelt werden sollte.

Vor dem Hintergrund des sich schon andeutenden Personalmangels, auch im Pflegebereich, ist die beabsichtigte Reform der Ausbildung in den Pflegeberufen zu begrüßen. Die Ansprüche aus dem Fachbereich Psychiatrie müssen hierbei jedoch entsprechend Berücksichtigung finden.

Auch in unseren Gesundheitseinrichtungen hat die Flüchtlingswelle des vergangenen Jahres seine Spuren hinterlassen. Der dramatische Anstieg Ende 2015, hat vor Allem in der Kinder und Jugendpsychiatrie zu enormen Belastungen geführt. Wir von der SPD-Fraktion haben bereits 2014 darauf hingewiesen, dass diesbezüglich spezifische Angebote und Behandlungsstrukturen erarbeitet werden müssen. Die aktuellen Ereignisse

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Bayerischen Bezirketag

haben unsere Forderungen nicht nur bestätigt, sondern überrollt. Da unsere KJP Einrichtungen diesen Andrang bewältigen konnten, gebührt ihnen unser Respekt, dass die Belastung der Beschäftigten hier weit über das übliche hinaus ging, ist offensichtlich und daher ein Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen, die hier enormes geleistet haben. Nach den Spitzen Ende 2015 / Anfang 2016 hat sich die Situation etwas gebessert, aber die Belastungen liegen hier immer noch weit über dem normalen Niveau. Da derzeit nicht abzusehen ist, dass sich dies groß ändern wird, muss weiterhin alles getan werden um die zusätzlichen Belastungen so gut wie möglich aufzufangen.

Ein weiterer Problembereich, Drogenkonsumräume. Unser Beschluss, die Staatsregierung aufzufordern, die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass in München und Nürnberg Drogenkonsumräume geschaffen werden können, wurde ja leider von dieser abgelehnt.

Unser Respekt in diesem Zusammenhang an Sie, Herr Präsident, sie haben hier die Position des Bezirketages, ohne Wenn und Aber, auch gegen die Mehrheitsmeinung in ihrer Partei vertreten und dafür ein Dankeschön von uns.

Die Kulturarbeit stand im Berichtszeitraum unter dem Motto „Inklusion und Kultur“. Der erfolgreichen Veranstaltung 2015 sollte auf jeden Fall eine weitere folgen. Dass die Geschäftsstelle hier an einem neuen Veranstaltungsformat arbeitet ist zu begrüßen und wird von uns unterstützt. In dem Zusammenhang ein paar Gedanken hierzu:

Zu den von ihnen angeführten Aspekten: Barrierefreiheit und behindertengerechte Präsentation, gehörten ebenfalls Punkte wie: Beteiligung von Menschen mit Behinderung als Künstler, Darsteller und Kulturschaffende, möglichst nicht nur in eigenen Veranstaltung, sondern selbstverständlich integriert.

Ein Satz, den der ehemalige Landtagspräsident Alois Glück, bei der Verleihung des Inklusionspreises des Bezirks Oberbayern vorgetragen hat, sollte uns bei der Planung von Veranstaltungen zu denken geben. Sinngemäß hat er geäußert: „Inklusion betrifft alle Menschen die außerhalb der Gesellschaft stehen, Menschen mit Behinderung, Wohnungslose, Menschen mit einer anderen Hautfarbe, sowie Menschen die aus ihrer Heimat flüchten mussten, Inklusion bedeutet, alle Menschen haben das Recht zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“

Gerade die Kulturarbeit kann hierzu einen großen Anteil leisten. Dass nun in fast allen Bezirken Stellen für Populärmusikbeauftragte geschaffen wurden und gemeinsam mit den Kommunen ein Netzwerk zur Populärmusik im Aufbau ist, sehen wir sehr positiv. Ebenso ist zu begrüßen, dass die Geschäftsstelle diesbezüglich auch in Kontakt mit dem Kultusministerium sowie dem Bayerischen Musikrat steht.

Im Bereich Umwelt tragen die Bezirke große Verantwortung. Wir unterstützen hier die Anregung des Umwelt-Fachausschusses, in allen Bezirken hauptamtlichen Umweltreferentinnen und Referenten zu schaffen, um den vielfältigen Aufgaben gerecht werden zu können.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Bayerischen Bezirkstag

Eine unserer Vorzeigeeinrichtungen ist nach wie vor unser Bildungswerk. Fast 5000 Teilnehmer, im Berichtszeitraum, sprechen hier ihre eigene Sprache. Besonders hervorheben möchte ich hierbei, die langjährige Beschäftigung mit dem Thema der NS-Euthanasie-Opfer. Die Herausgabe des „Irseer Totenbuches“ und die Veranstaltung „Lichter gegen das Vergessen“ waren diesbezüglich die herausragenden Ereignisse. Ein Dankeschön an Sie Herr Dr. Rauheiser für ihr Engagement und an ihr gesamtes Team.

Vielen Dank Herr Präsident, dass sie zum Abschluss ihres Berichtes auch auf die Verantwortung der Bezirke als öffentlicher Arbeitgeber eingegangen sind. Ihren Hinweis auf die enge Zusammenarbeit im Tarifbereich, mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband, begrüßen wir. Wir weisen jedoch darauf hin, dass Tarifarbeit auch die Zusammenarbeit mit den in den Betrieben vertretenen Gewerkschaften und den Personal- und Betriebsräten erfordert. Nur gemeinsam kann ein (Konzern) mit mehr als 25.000 Beschäftigten die Herausforderungen der Zukunft meistern. Dass dies nicht immer ohne Konflikte geht, liegt in der Natur der Sache und wir als SPD-Fraktion setzen darauf, dass bei den anstehenden Problemen, auch zukünftig, gemeinsam Lösungen gesucht und gefunden werden.

Zum Abschluss bedanke ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei allen Beschäftigten der Einrichtungen, Verwaltungen und Unternehmen unserer Bezirke für ihren Einsatz, im Bereich unserer vielfältigen Aufgaben und vor allem für die uns anvertrauten Menschen.

Ich bedanke mich auch bei den Beschäftigten der Geschäftsstelle und natürlich bei ihnen Frau Krüger für die gute Zusammenarbeit und ihre Unterstützung.

Und zuletzt, bei ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen, für die konstruktive Zusammenarbeit und hoffe, dass wir diese in den kommenden Jahren so weiterführen werden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.